

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 11

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

22. JAHRGANG -- JULI 1943 -- HEFT 11

Die Affäre Sonderegger

Von Ernst Reinhard

Der Staub, der um den Appenzeller Nationalrat Sonderegger wegen seiner Briefe wirbelt, die er im Jahre 1940 an seinen Bundesbruder, den Lehrer Schmid in Zürich, und einen Freund, den Nationalrat Gadiant, schrieb, ist vortrefflich geeignet, die eigentlichen Hintergründe der ganzen Affäre zu verdecken und die Urheber zu tarnen; kein Wunder, daß sich selbst ernsthafte Demokraten durch den geschäftigen Lärm und die Staubwirbler betäuben lassen. Wir wollen versuchen, die Hintergründe zu beleuchten.

Im Mai und Juni 1940 war mit dem Zusammenbruch Hollands, Belgiens und Frankreichs ein System zusammengebrochen. Hatte man vorher schon Mühe, die Unterschiede, die zwischen der französischen Form der Demokratie und der schweizerischen bestand, verständlich zu machen, und nicht nur als solche der Form, sondern des Wesens darzustellen und verständlich zu machen, so ließ die Aufregung der Tage, verbunden mit einer tiefen Depression, die wir alle spürten, diese Wesensunterschiede klein und unbedeutend erscheinen; für Tausende hatte einfach die Demokratie schlechthin versagt und die faschistische Form der Diktatur ihre Überlegenheit auf der ganzen Linie bewiesen. Die Feinde der Demokratie, die in der Schweiz um den Frontismus und die antimarxistische Front herum an Zahl nicht gering waren, hielten daher mit Siegesjubel nicht zurück und lasen der Demokratie ihre Grabrede; aus allen Mauslöchern krochen sie nun ins Tageslicht, die man vorher in allen politischen Schlachten geschlagen und verjagt hatte. In allerlei Formen spiegelte sich das faschistische Denken wider: Vom Korporationenstaat katholischer Prägung bis zum offenen nationalsozialistischen Bekenntnis war alles vorhanden. Wenn in dieser Zeit die Freunde einer autoritären Demokratie ihre Stunde schlagen hörten, wenn sie sich jetzt hervordrängten, wenn sie, neben einer Verneigung vor dem Sieger, gleichzeitig ihre Pläne zur Beseitigung der demokratischen Staatsform und zur Aufrichtung einer antidemokratischen, halb oder ganz faschistischen Ordnung unterbreiteten, so gehörte das ganz und gar in jenes System, das eben in Frankreich die Regierung des Marschalls und das Regime von Vichy geschaffen hatte.

Seit langem war bekannt, daß im Bundesrat der rührigste Vertreter katholischer Auffassung, Bundesrat Philipp Etter, einen besondern Plan